

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 8 / August 2009 · Ausgabe Berlin / Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: kontakt@sovde.de

Bundeskompetenzzentrum „Barrierefreiheit“ eröffnet

SoVD als einer der Träger
unter 14 Behindertenverbänden

Seite 3

Krankenkassen bitten Versicherte „zur Kasse“

Interview mit Klaus Kirschner,
Mitglied Sozialpolitischer Ausschuss

Seite 4



Foto: philipus/fotolia

Wettbewerb der SoVD-Zeitung „20 Jahre Deutsche Einheit“

Grußwort von Bundesminister
Wolfgang Tiefensee

Sonderseiten 6 und 7

In Ausbildung und Beruf spüren sie den wirtschaftlichen Druck besonders stark Behinderte Menschen: Verlierer der Krise?

Die Wirtschaftskrise erreicht nach den Banken und Wirtschaftsunternehmen auch die Schwächsten der Gesellschaft. So haben etwa Werkstätten für behinderte Menschen mit Umsatzeinbrüchen zu kämpfen, und auch auf dem regulären Arbeitsmarkt sieht es nicht viel besser aus. Noch immer sind Menschen mit Behinderung hier besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Zwar verweist die Bundesregierung in ihrem Behindertenbericht auf gesunkene Arbeitslosenzahlen, gleichzeitig ist jedoch die Zahl der Hartz-IV-Empfänger gestiegen. Das heißt, es waren mehr behinderte Menschen auf Arbeitslosengeld (ALG) II angewiesen. Darauf hat auch die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Karin Evers-Meyer, hingewiesen: „Es ist ein Alarmzeichen, dass die Zahl der behinderten Menschen im ALG II gestiegen ist, während die Wirtschaft im Land boomte.“

Der SoVD kritisiert vor allem die anhaltende Benachteiligung im Bildungsbereich und fordert die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention an Deutschlands Schulen. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf dürften nicht länger ausgegrenzt werden.

Eine entscheidende Schwäche des Berichts der Bundesregierung über die Lage von Menschen mit Behinderung ist die Tatsache, dass dieser sich auf eine Phase wirtschaftlichen Aufschwungs bezieht. Die Ende vergangenen Jahres einsetzende weltweite Wirtschaftskrise findet darin noch keine Beachtung, da es hierzu bisher auch noch kaum verlässliche



Foto: bilderbox/fotolia

Rund jeder zehnte Mensch in Deutschland hat eine anerkannte Behinderung. Der größte Teil von ihnen (rund 6,9 Millionen) gilt als schwerbehindert. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise wird es für Betroffene immer schwerer, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten.

Zahlen gibt. Was den Trend angeht, weisen viele Faktoren jedoch in eine eindeutige Richtung.

Schwierige Zeiten für Werkstätten für Behinderte

Eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur (dpa) hat ergeben, dass soziale Werkstätten in Behinderteneinrichtungen mit deutlichen Umsatzrückgängen zu kämpfen haben. So lagen die Einbußen im Südwesten Deutschlands bei bis zu 80 Prozent – Zahlen, bei denen jedes re-

guläre Unternehmen längst in Konkurs gegangen wäre. Dass dies nicht geschieht, liegt allein daran, dass für die bundesweit rund 700 Werkstätten für Menschen mit Behinderung andere Regeln gelten: Wer wegen einer Behinderung keinen Job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt findet, besitzt in Deutschland einen Rechtsanspruch auf Beschäftigung. Auf diese Versorgungsverpflichtung weist auch Günter Mosen hin, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte

Menschen. Er fordert die öffentliche Hand auf, die betroffenen Einrichtungen in Zeiten der Krise nicht allein zu lassen. Laut Mosen hätten gerade Werkstätten, die als Zulieferer für die Automobilindustrie tätig seien, in den ersten Monaten dieses Jahres starke Auftragseinbrüche hinnehmen müssen.

Die Chancen für staatliche Unterstützung dürften jedoch angesichts der zu erwartenden Haushaltslöcher nicht allzu gut stehen: Nachdem die

Fortsetzung auf Seite II

Blickpunkt

Aktuellen Zahlen der Bundesregierung zufolge geht jeder vierzehnte im Alter von 63 bis 65 Jahren einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Die dramatische Arbeitsmarktlage für ältere Werktätige beginnt bereits ab Mitte 50: Von den 55- bis 58-Jährigen haben noch knapp 40 Prozent einen vollwertigen Job; bei den 58- bis 63-Jährigen sind es nur noch rund ein Viertel. Zahlen, die eine deutliche Sprache sprechen.

Die sinkende Beschäftigungsquote älterer Menschen belegt auf eindringliche Weise, dass die Rente mit 67 unverantwortlich ist. Wer daran festhält, nimmt in Kauf, dass sich das Risiko der Altersarmut für ältere Beschäftigten noch drastischer erhöht. Denn die Rente mit 67 vergrößert die Lücke zwischen Berufsaustritt und Renteneintritt. Der Schaden, der damit angerichtet wird, ist weitaus größer als die geringfügige, langfristige Beitragsentlastung von 0,5 Prozentpunkten. Dies ist aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen schlichtweg unverantwortlich. Die Alternative zur Rente mit 67 kann deshalb nur die Rente mit 65 und eine Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer insgesamt sein.

Adolf Bauer,
SoVD-Präsident



Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Unfall-Vorsorge*

- Keine Gesundheitsfragen
- Aufnahme bis zum 80. Lebensjahr
- Invalideitätsleistung bereits ab 1 %
- Krankenhaus-Tagegeld im In- u. Ausland
- lebenslange Unfall-Rente

mit Notfall-Plus Premium

- 1.500,- EUR Sofortleistung bei Krankenhausaufenthalt ab 6 Tagen
- Hilfe- und Pflegeleistungen
- Auto-Umbau-Kosten
- Umzugs- oder Haus-Umbau-Kosten

*Auf Basis der SoVD-Sterbegeld-Vers.

Haben Sie Interesse?: Tel.: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation für
Verbandsgruppenversicherungen



Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Kommentar

„Wir sind das Volk!“

Liest man diesen Slogan aus der Wendezeit heute abgedruckt in einer Zeitung, mag er manchen fast zynisch erscheinen. Er wird oftmals gleichgesetzt mit Erwartungen, die sich nicht erfüllen: Erwartungen an die persönliche oder berufliche Zukunft und vor allem an die Politik. In der Folge wurde der Ruf „Wir sind das Volk!“ allzu oft verwendet, um den Unmut der Regierten über die nicht erfüllten Versprechungen der Regierenden deutlich zu machen. Ursprünglich stand der Satz jedoch für den Mut der Ostdeutschen, Veränderungen gegenüber der Staatsmacht einzufordern. Immerhin führten gerade die Demonstrationen des Jahres 1989 dazu, dass die Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten fiel – von Ost nach West.

Zwanzig Jahre später würdigt deshalb auch die SoVD-Zeitung diese friedliche Revolution, die einzigartig ist in der Geschichte unseres Landes. Jedes Mitglied der Redaktion hat die Wende damals miterlebt. Beim Anfertigen der Sonderseiten dieser Ausgabe kamen Erinnerungen hoch und tauchten Bilder aus dieser Zeit vor dem geistigen Auge auf. Vor allem aber waren wir alle bewegt und hatten ein ums andere Mal einen Kloß im Hals. Vielleicht geht es Ihnen ähnlich. Angesichts enttäuschter Erwartungen sollten wir eines jedoch nicht vergessen: Die mittlerweile sechsten gesamtdeutschen Wahlen im September bieten uns die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung – wir sind noch immer das Volk. *jb*